



## Explosion bei Energiepreisen bekämpfen

Die Energiepreise sind in diesem Winter um bis zu 40 Prozent gestiegen. Diese hohen Kosten treffen besonders Haushalte mit geringen Einkommen, aber auch die breite Mittelschicht sowie die Unternehmen und Kommunen in Deutschland sehr stark. Insbesondere energieintensive Wirtschaftszweige sind massiv von den hohen Energiepreisen betroffen, die sich auf Produktion, Beschäftigung und das Preisniveau auswirken. Die Wettbewerbsfähigkeit dieser Industrien gerät so zunehmend unter Druck.

Um diese Kostenexplosion zu stoppen fordert die Union u.a. von der Ampel-Koalition die Abschaffung der EEG-Umlage für alle Stromkundenschen spätestens zur Mitte dieses Jahres, und zwar schnell und unbürokratisch.

Die Umsatzsteuer auf Strom-, Gas- und Fernwärmelieferungen für die Jahre 2022 und 2023 muss zudem zur Entlastung der Kunden auf den ermäßigten Umsatzsteuersatz von sieben Prozent absenkt werden. Die Stromsteuer soll außerdem in einem weiteren Schritt auf den unionsrechtlich zulässigen Mindeststeuersatz zurückgefahren werden und die Stromsteuer-Erstattung für die energieintensive Industrie dringend verlängert werden.

Außerdem fordert die CDU/CSU die Energiesteuer auf Benzin, Super und Diesel umgehend entsprechend der Treibhausgasminderung durch beigemischten nachhaltig produzierten Biokraftstoff zu reduzieren, so dass die „Ökosteuer“ für den klimaneutralen Kraftstoffanteil abgeschafft wird. Hier ist sie nämlich offenkundig sinnwidrig.

Außerdem fordern wir zur schnellen Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die einkommensteuerrechtliche Entfernungspauschale auf 0,38 EUR/km zu erhöhen den Einkommensteuer-Tarif an die unerwartet hohe Inflation anzupassen und damit die kalte Progression ausgleichen zu können.

## Stopp bei ZIM reduziert Forschungsausgaben

Finanzierungsstopp beim Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) betrifft tausende mittelständische Unternehmen und senkt Investitionen und Innovationen. Die Bundesregierung will den noch immer bestehenden Förderstopp beim etablierten Förderprogramm ZIM offenbar bis zum Sommer 2022 hinauszögern und hat in einer Antwort auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Finanzierung des 3,5-Prozent-Ziels völlig offengelassen.

Dazu Thomas Jarzombek, forschungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „Fortschritt bleibt ein Wagnis, wenn er nicht solide finanziert wird. Es ist erschreckend, dass die Bundesregierung noch immer keinen Plan hat, wie sie den bislang erfolgreichen Wissenschaftsstandort Deutschland finanziell gestalten will. Wir verlangen nach über 70 Tagen im Amt ja nicht, dass schon alles bis zum letzten Komma durchgerechnet ist. Aber eine grundsätzliche Idee sollte schon vorhanden sein, wie das selbst gesteckte Ziel erreicht werden soll, 3,5 Prozent des BIP bis 2025 für Forschung und Entwicklung auszugeben.“

Ein ganz zentraler Ansatz für uns ist, dass wir intelligente Instrumente haben, um auch privates Kapital zu aktivieren. Mit jedem staatlichen Euro muss ein Anreiz für breiteres Engagement geschaffen werden. Eine starke Hebelwirkung ist für das Erreichen des 3,5-Prozent-Ziels elementar, denn der Großteil der FuE-Investitionen kommt aus der Wirtschaft. Zugleich erfolgreich etablierte Instrumente abzukoppeln ist grotesk und senkt die Investitionen in Innovationen allein beim ZIM in diesem Jahr um rund 500 Millionen Euro.“

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,



die Politik der Ampel-Koalition im Ukraine-Konflikt setzt die solide, klare und berechenbare Politik unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel leider nicht fort. Dabei brauchen wir mehr denn je eine geschlossene europäische Haltung des Westens gegenüber Russland.

Dass Bundeskanzler Scholz angesichts des massiven Truppenaufmarschs Russlands an der Grenze zur Ukraine, es heute noch nicht einmal für nötig gehalten hat, zu dem Tagesordnungspunkt in den Bundestag zu kommen und seine Politik zu erläutern, ist für die Lage höchst unangemessen. Auch in Europa ist er nicht bereit Führungsverantwortung zu übernehmen und versucht nicht, die Europäische Union in dieser zentralen Frage zusammen zu halten. Gerade jetzt hätte der Bundeskanzler klarmachen müssen, dass das souveräne Recht aller Völker zur Selbstbestimmung nicht zur Disposition steht. Dass das ausgeblieben ist, wird leider weiter zur Verunsicherung der Staaten in unserer östlichen Nachbarschaft führen und ernsthafte Zweifel an der deutschen Bündnissolidarität aufkommen lassen.

Es ist richtig, dass Deutschland den Dialog mit Russland weiterhin sucht. Dies ist immer Teil der NATO-Strategie gewesen. Denn klar ist auch: ohne Russland wird es keine Sicherheit in Europa geben. Es gab und gibt allerdings keine Begründung für den massiven Truppenaufmarsch durch Russland. Der russische Präsident Putin muss jetzt zeigen, dass er den angeblich beginnenden Kurs der Deeskalation und des Dialogs ernst meint. Dazu muss er alle militärischen Kräfte wieder von der ukrainischen Grenze abziehen.

Für mich ist klar, im Ernstfall müssen alle Optionen eines Sanktionspakets gezogen werden können. Hierzu gehört auch, Nord Stream 2 als Teil einer möglichen Sanktionsandrohung aufrecht zu erhalten und die defensiven Fähigkeiten der Ukraine zu unterstützen.

Herzliche Grüße aus Berlin und bitte bleiben Sie gesund! Ihr

Dr. Günter Krings, MdB  
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Laurence Chaperon

## Friedrich Merz ist neuer Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

CDU-Chef mit 89,5 Prozent der Stimmen als Oppositionsführer gewählt



Friedrich Merz ist am Dienstag zum neuen Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt worden. Der 66-jährige CDU-Vorsitzende, der von den Unionsabgeordneten 89,5 Prozent der Stimmen erhalten hatte, bedankte sich für das eindrucksvolle Vertrauensvotum und kündigte eine entschlossene Oppositionsarbeit an. Die Bundestagsfraktion sei das „Kraftzentrum von CDU und CSU“, sagte Merz anschließend vor der Presse.

Merz kündigte an, dass die Unionsfraktion in der Opposition eigene Themen setzen und Alternativen entwickeln werde. Als wichtige Themen nannte er die soziale Marktwirtschaft und den Klimawandel sowie innere und äußere Sicherheit als zwei Seiten ein- und derselben Medaille. Es brauche auch einen neuen Generationenvertrag zugunsten der jungen Menschen.

Merz löst Ralph Brinkhaus ab, der die Fraktion seit 2018 führte. Der neue Chef dankte seinem Vorgänger für die herausragende Zusammenarbeit. Dessen Arbeit habe die Fraktion mit lang anhaltendem Applaus gewürdigt.

Indem er sowohl den Vorsitz der Partei als auch den Vorsitz der Fraktion auf sich vereint, nimmt Friedrich Merz eine starke Stellung als Oppositionsführer ein. Im Plenum des Bundestages wird er künftig die Position der Unionsfraktion vertreten und erläutern.

*Foto: Björn Lulf*

## Impfvorsorgegesetz – Ein guter Schutz für unser Land

Bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie stand in den letzten zwei Jahren immer im Vordergrund, das deutsche Gesundheitssystem vor einer Überlastung zu schützen, damit allen Erkrankten gut und umfassend geholfen werden und insbesondere der Schutz der vulnerablen Bevölkerungsgruppen sichergestellt werden kann. Dieses Ziel gilt weiterhin und ist Richtschnur des Handelns der Politik in Bund, Ländern und Kommunen. Gleichzeitig sind mit der Corona-Bekämpfung zahlreiche Freiheitsbeschränkungen verbunden, die stets einer besonderen Rechtfertigung bedurften und bedürfen.

Bei immer wieder neuen, verschieden infektiösen und unterschiedlich gravierenden Virusvarianten sowie bei fort-bestehenden deutlichen Impfschutzlücken in der Bevölkerung bedarf es eines vorausschauenden und flexiblen Impfvorsorgekonzepts, um unser Land gegen künftige Pandemiewellen zu wappnen. Aus diesen Gründen ist jetzt eine flexible und zugleich vorausschauende Antwort entscheidend. Um die Funktionsfähigkeit des Gesundheitssystems und der kritischen Infrastruktur auch zukünftig bei möglichst schonendem Eingriff in die Freiheitsrechte zu gewährleisten,

Deswegen hat die Unionsfraktion das Grundkonzept eines „vorsorgenden Gesetzes“ vorgelegt, das aber noch keine Impfpflicht „auf Vorrat“ festlegt. Es wurde maßgeblich vom rechtspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Dr. Günter Krings entwickelt.

Dr. Günter Krings: „Es ist bemerkenswert, dass der Bundeskanzler seiner Ankündigung, Deutschland brauche eine allgemeine Impfpflicht, keinen konkreten Gesetzentwurf folgen lässt. Stattdessen flüchtet er sich in Gruppenanträge und münzt das Problem mangels eigener Mehrheiten zu einer Gewissensentscheidung um. Der Bundeskanzler versucht, die Handlungsunfähigkeit der Bundesregierung zu verschleiern.“

Er betonte weiter, dass sich die Union dem Thema seriös annimmt und einen eigenen Antrag vorlegt. Zu den Inhalten des Antrages erklärte Dr. Günter Krings: „Für die aktuelle Omikron-Welle käme eine Impfpflicht zu spät. Wir brauchen daher ein vorausschauendes und flexibles Konzept, mit dem wir uns für eventuell kommende Wellen und Varianten wappnen können. Ich freue mich daher sehr, dass die Unionsfraktion meinen Vorschlag eines Impfvorsorgegesetzes positiv aufgenommen hat. Mit dem Vorschlag könnte die Bundesregierung jetzt die Strukturen für die Einführung einer Impfpflicht sicherstellen, falls diese erforderlich werden sollte.“

An erster Stelle steht für uns der Aufbau eines Impfregisters, damit wir eine zuverlässige und sichere Datengrundlage über den Impfstatus aller Altersgruppen haben werden. Die Impfkampagne muss intensiviert werden, mit Schwerpunkt auf eine bessere und zielgerichtete Aufklärung. Wenn die Infektionslage sich derart anspannt, dass die Funktionsfähigkeit des Gesundheitssystems in Gefahr gerät, wird ein Impfmeechanismus durch gesonderten Beschluss des Bundestages in Kraft gesetzt. Dann tritt die Impfpflicht gestaffelt insbesondere nach Altersgruppen in Kraft.

Dieses mehrstufige Vorgehen sichert die Verhältnismäßigkeit des Gesetzes. Nur so finden wir auch eine breite Akzeptanz in unserer Gesellschaft dafür.“

### Impressum:

Ausgabe Nr. 03/2022,  
18. Februar 2022

**Landesgruppe NRW** der  
CDU/CSU-Fraktion im  
Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030/ 227-58956  
Fax: 030/ 227-76421

Email:  
[fabian.bleck@cducsu.de](mailto:fabian.bleck@cducsu.de)  
**Redaktion/ V.i.S.d.P.:**  
Karl-Heinz Aufmuth,  
Fabian Bleck